

Die Bevölkerung fragt - die

Oberbürgermeister Karl Adolphs
spricht in den öffentlichen

Einwohnerversammlungen

über:

Die Brennstoffversorgung für den Winter.

Wer kann zusätzlich Brennstoff erhalten

und

Fragender Selbstverwaltung u. Versorgung

am:	Donnerstag,	dem 17. Juli 1947, 20 Uhr
		Mildensee, Volkshaus
	Freitag,	dem 18. Juli 1947, 20 Uhr
		Volkshaus, Ebertallee
	Sonntag,	dem 19. Juli 1947, 20 Uhr
		Kleinkühnau, Kaffler Gaststätte
	Montag,	dem 21. Juli 1947, 20 Uhr
		Kristall-Palast (Anh. Landesoper)
	Dienstag,	dem 22. Juli 1947, 20 Uhr
		Törten, Spahrs Gaststätte
	Mittwoch,	dem 23. Juli 1947, 20 Uhr
		Aifen, Landeskronen
	Donnerstag,	dem 24. Juli 1947, 20 Uhr
		Großkühnau, Burg Relas
	Freitag,	dem 25. Juli 1947, 20 Uhr
		Waldensee, Schmelzergarten

Wer besondere Anfragen von allgemeiner Bedeutung hat, wird gebeten, diese bis Donnerstag, dem 17. Juli 1947, 12 Uhr, schriftlich an den Oberbürgermeister zu richten, damit sie im Referat Berücksichtigung finden.

Desseu, den 12. Juli 1947.

Rat der Stadt Dessau
- Nachrichtensamt -
[A. Engel]

und deshalb der zu beschreitende, in manchen Kreisen wiederum Ist man einmütig der Auffassung, daß die Verwaltungen unter der Kontrolle der Werktätigen, insbesondere auch der Gewerkschaften, stehen sollten. Das ist gut, aber wenn es zur Verwirklichung kommt und wenn Kommissionen erscheinen die die Arbeit des Wirtschaftsamt im Kreisratsamt auf Beschwerden Blödes der demokratischen Parteien überprüfen sollen, dann wird Zeter und Mordio geschrien, dann sieht man darin einen Verfassungsbruch und wendet sich hilflos nach oben an die Landesregierung um Instruktionen. Das ist wiederum nicht verwunderlich, wenn man weiß, daß in dem Kreisratsamt, in dem dies geschah, entlassene Nazis durch Berufssoldaten ersetzt wurden, und diese können natürlich ohne Instruktionen von oben und ohne Exerzierreglement schwerlich auskommen.

Im großen und ganzen kann jedoch gesagt werden, daß in fast allen Kreisen Sachsens ein ernstes Bemühen vorhanden ist, neue demokratische Methoden zu finden und weiterzuentwickeln und damit die Demokratisierung voranzutreiben. Der Kreistag von Kamenz hat Zt B. folgenden nachahmenswerten Beschluß gefaßt:

Um der Bevölkerung aus allen Gebieten des Kreises Gelegenheit zur geübten, an den Sitzungen des Kreisparlamentes teilzunehmen, wird die nächste Plenarsitzung des Kreistages Kamenz In Pulsnitz stattfinden, per Kreistag wird sich mit Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährung und der Brennstofflage sowie dem Aufkauf der freien Spitzen landwirtschaftlicher Erzeugnisse befassen."

In allen Kreisen werden jetzt auf Initiative der Sozialistische!) Einheitspartei Ernährungsausschüsse gebildet. Auch sie sollen ein Mittel sein zur Verlagerung der Verantwortung vom Landrat und seinen engsten Mitarbeitern auf breitere Schultern. Sie sind eine wirksame neue Methode in der Weiterentwicklung der Demokratie. Dabei muß eine andere Gefahr abgewendet werden, nämlich die, daß zu viele Ausschüsse gebildet werden und daß ein Teil dieser Ausschüsse zu wenig mit seinen Aufgaben vertraut ist. Es gilt jetzt, wie in der Frühjahrsbestellung oder In der Brnteerfassung oder im Kampf gegen Schieber und Wirtschaftssaboteure, den Ernährungsausschüssen konkrete Aufgaben zu stellen. Dabei sollten die Erfahrungen der Brennstoffkommissionen, die schon vor einiger Zeit in sämtlichen Kreisen gebildet wurden, zunutze gemacht werden. Diese Brennstoffkommissionen bestehen aus Vertretern aller Blockparteien und der demokratischen Organisationen,

Sie kontrollieren die Versorgung der Betriebe mit Kohle und anderen Brennstoffen und können zugleich überlieferte Mengen umfördern. Dank der Arbeit dieser Brennstoffkommissionen, die auf Initiative des Wirtschaftsministeriums gebildet wurden, hat das Land Sachsen in letzter Zeit eine bedeutend günstigere Brennstoffbilanz, obgleich die Zuteilungen an Brennstoff nicht erhöht wurden. Dies ist ausschließlich der Tatsache zu verdanken, daß die Verteilung und Kontrolle der Brennstoffe nicht mit rein administrativen Methoden vorgenommen wurden, sondern daß hier neue demokratische Methoden zur Entfaltung kamen.

Die gesamte Verwaltungsarbeit muß in Kürze so gestaltet werden, daß die gesamte aktive werktätige Bevölkerung an ihr teilnimmt. In einer gemeinsamen Konferenz der Landräte und des Gemeindeausschusses des Sächsischen Landtags wurde unter allgemeiner Zustimmung festgestellt, daß das Innenministerium das demokratischste und fortschrittlichste Ministerium sei. Das klingt zunächst paradox. Und doch muß es so sein. Denn das Innenministerium trägt nicht zuletzt auch die Verantwortung für die Arbeit der Kreisratsämter und der Gemeindeverwaltungen. Es ist also diejenige Verwaltungsbehörde, die unmittelbar für die Weiterentwicklung der Demokratisierung aller Verwaltungen verantwortlich ist, und sie muß es als ihre vornehmste Aufgabe ansehen, den Trennungsstrich, der noch vielerorts zwischen Verwaltung und Bevölkerung besteht, fortzuwischen und dafür zu sorgen, daß in allen Ausschüssen des Landtags, der Kreistage und der Gemeindevertretungen und in allen wichtigsten Arbeiten, die vor allen Verwaltungen stehen, die staatliche Verwaltung immer mehr auf die Hilfe der Massenorganisationen des schaffenden Volkes gestützt wird. Wenn das erreicht ist, so ist damit zugleich die Garantie für das Fehlschlagen aller Vorstöße der Reaktion gegeben. Die Entwicklung neuer demokratischer Methoden und das Vorwärtstreiben der Demokratisierung durch diese neuen Methoden— das ist auch praktische Blockpolitik.

Dr. Kurt Fischer, Innenminister des Landes Sachsen

"Mensch — für öffentliche Versammlungen III doch jetzt keine Stimmung vorhanden!" lautete die Antwort mancher Genossen auf den Vorschlag, eine große Berichterstattungskampagne der Gemeinde- und Stadtverwaltungen III der Form öffentlicher Versammlungen durchzuführen. Es gab eine Reihe von Genossen, die überzeugt waren, daß die augenblickliche Stimmung der Bevölkerung in Staat und Land eine solche Berichterstattung der Selbstverwaltungsorgane von vornherein zu einem Mißerfolg verurteile.

Die Mehrzahl der Genossen jedoch war anderer Meinung. Die Demokratie besteht ja schließlich nicht nur in der Gewährung von Rechten und Anerkennung von Erfolgen, sondern auch in Pflichten, im gemeinsamen Tragen von Verantwortung, in gemeinsamer Überwindung der Schwierigkeiten.

Es ist vollkommen verkehrt, wenn Genossen davor zurückschrecken, in aller Öffentlichkeit über bestehende Mängel und Schwierigkeiten zu sprechen, ihre Ursachen zu ergründen und Wege zu ihrer Beseitigung zu finden. Wird es denn besser, wenn wir schweigen? Es wäre eine verderbliche Vogelstraußpolitik, wenn wir zu den Fragen der Ernährung, der Brennstoff Versorgung und vieler anderer Dinge, die heute die Bevölkerung mehr als alles andere beschäftigen, schwiegen. Dadurch würde höchstens bewirkt, daß die Gemeindeverwaltungen oder gar die SED für alles verantwortlich gemacht werden, was den Leuten nicht gefällt, was sie drückt. Ist es nicht viel richtiger und demokratischer, vor die Menschen hinzutreten und klipp und klar Rede und Antwort zu stehen? Wenn sie erst die Ursachen der bestehenden Schwierigkeiten erkannt haben, werden sie nicht mehr ihre Unzufriedenheit, vielleicht sogar ihren Haß gegen die Verwaltungen richten, die unermüdlich bestrebt sind, die Lage zu verbessern, sondern sie werden mithelfen und die Verwaltungen in ihren Bemühungen unterstützen. Wenn es aber Verwaltungen gibt, wo etwas faul ist, dann haben wir erst recht keine Ursache, zu schweigen, sondern müssen in aller Öffentlichkeit aussprechen, daß wir Unsauberkeiten nicht nur nicht dulden, sondern offen und konsequent dafür sorgen werden, daß Ordnung geschaffen wird. Dann werden wir die Bevölkerung auf unserer Seite haben und werden uns darüber hinaus